

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922**

29.4.1922 (No. 100)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich:  
Hauptredakteur  
C. A. Menck  
Druck  
und Verlag:  
G. Braunische  
Hofbuch  
druckerei, beide  
in Karlsruhe.

**Bezugpreis:** In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 63 A — Einzelnummer 1.— A — Anzeigengebühr: 1.20 A für 1 mm Höhe und ein Viertel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kasseeintrag gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14 zu senden und werden in Berücksichtigung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Verbreitung und Konfirmationsfällen der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzesse, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen anderer Verleger hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil

#### Ausbildung von Pflegepersonal.

\*\* An der Heil- und Pflegeanstalt Illenauberg beginnt am 1. Mai 1922 ein neuer Lehrgang zur Ausbildung des Pflegepersonals von Geisteskranken. Es können sich zu dieser Ausbildung noch Teilnehmerinnen bei der Anstaltsdirektion melden. Sie erhalten freie Anstaltsverpflegung und eine Vergütung.

Die Aufnahmebedingungen können bei den Direktoren der Heil- und Pflegeanstalten in Illenauberg, Emmendingen, Wiesloch und Neichenau und bei den Bezirksämtern eingesehen werden.

#### Die Einreise in die Türkei.

\*\* Es ist in letzter Zeit mehrfach festgestellt worden, daß die Bedingungen nicht hinreichend bekannt sind, die deutsche Reichsangehörige bei der Einreise in die Türkei zu erfüllen haben. Es sei deshalb auf folgendes hingewiesen: Bis auf weiteres ist die Einreise von deutschen Reichsangehörigen in die Türkei nur gestattet, wenn die Reisenden im Besitz eines Einreiseerlaubnis- oder Aufenthaltserlaubnischeins sind. Diese Scheine werden von der Interalliierten Waffenstillstandskommission in Konstantinopel ausgestellt und müssen bei der Einreise vorgelegt werden. Die Ausstellung der Scheine ist nicht unmittelbar bei der genannten Kommission, sondern durch Vermittlung der kgl. Schwedischen Gesandtschaft in Konstantinopel zu beantragen.

#### Die Reichspolitik in Genua.

Unter dieser Überschrift wird der Reichskorrespondenz „Nord-Süd“ von ihrem Berliner Mitarbeiter geschrieben:

Die europäische Wirtschaftskonferenz in Genua vollendet nun schon ihre dritte Woche und nähert sich ihrem Ende. Es wäre sicherlich verfrüht, wollte man heute schon eine endgültige Bilanz ziehen und etwa feststellen, daß sie die in sie gesetzten Erwartungen enttäuscht habe, denn einmal sind diese Erwartungen bei besonnenen und urteilsfähigen Leuten niemals besonders groß gewesen, dann aber läßt sich heute noch keineswegs absehen, wie die Kreise sich entwickeln werden, die in Genua in die Aderfurchen eines neuen Europa gesenkt worden sind. Und das ist in den verschiedenen Gutachten der hervorragenden Sachverständigen, wie in der eigentlichen Kommissionsarbeit zweifellos geschehen. Die Rettung aus der Not freilich, die uns auf die Finger brennt und den kommenden Mai alles andere eher als den Charakter eines Bonnemondes für unser armes Vaterland zu geben droht, scheint uns Genua nicht bringen zu wollen, wie sie ja auch nicht auf dem „Programm von Cannes“ stand; aber damit war auch nicht zu rechnen, sondern es konnte sich immer nur darum handeln, ob in Genua die Atmosphäre und die allgemeinen Voraussetzungen stimmungsmäßiger Art für eine baldige mit der Wirklichkeit und den Lebensbedingungen Deutschlands verträgliche Neuregelung der Reparationsfrage geschaffen werden würden. Und daß in dieser Richtung nichts oder nichts wesentliches geschehen sei, wäre unseres Erachtens eine übertriebene pessimistische Auffassung.

Es ist allerdings nicht zu verkennen, daß es in Genua für eine Konferenz, die der Welt und namentlich den Völkern Europas endlich den wahren Frieden bringen oder wenigstens in greifbare Nähe rücken sollte, reichlich stimmungsmäßig und freundschaftlich zugegangen ist. Da war zunächst der scharfe russisch-französische Gegensatz, der schon in der feierlichen Eröffnungsfeier zu einem förmlichen Zusammenstoß führte. Das war aber, genau betrachtet, so überflüssig, weil die deutsche Politik der Zurückhaltung dadurch um so sympathischer erschien, wie sie denn auch in den ersten Tagen der Konferenz, namentlich von italienischer Seite, allerlei schmeichele Anmerkungen erteilen konnte, während die Franzosen in der Rolle des Strudelsteins und Störenfrieds unangenehme Dinge zu hören bekamen. Aber es zeigte sich bald, daß diese Politik der Zurückhaltung, des vertrauensvollen Anschlusses an die bedächtige Versöhnungspolitik Lloyd Georges doch nicht uneingeschränkt aufrechtzuerhalten war. Zwischen Deutschland und Rußland waren seit Monaten Verhandlungen im Gange, die das Ziel verfolgten, unter die Vergangenheit einen endgültigen Strich zu machen und ohne jede Belastung aus gegenseitigen Verpflichtungen so bald wie möglich in eine vertrauensvolle Zusammenarbeit einzutreten; diese Verhandlungen standen unmittelbar vor dem Abschluß, zu dem man nur deshalb nicht geschritten war, weil man in Genua freie Hände haben wollte. Nun aber wurden in Genua selbst Sonderverhandlungen mit den Russen gepflogen, von denen Deutschland ausgeschlossen war, und die uns mit der Möglichkeit zu rechnen zwangen, daß Vereinbarungen zustande kämen, die unseren Interessen keine Rechnung trugen. Gewiß hätte diese Verein-

barungen zunächst der zuständigen Kommission und dann auch noch der Vollversammlung vorgelegt werden müssen und Deutschland hätte wohl noch das Recht gehabt, sich dazu zu äußern. Aber was hätte uns das genützt, wenn die einladenden Mächte, in deren Gefolgschaft die große Mehrheit der Konferenz marschierte, sich zuvor mit den Russen geeinigt hätten!

So sahen sich die deutschen Staatsmänner gezwungen, den Vertrag mit Rußland ihrerseits zum Abschluß zu bringen, was bekanntlich am Nachmittage des Osterfestes in Rapallo geschehen ist. Das war die zweite Krise, die Deutschland für einige Tage wieder in der alten unersüßlichen Vereinsamung geigte und den Franzosen, die mit leidenschaftlicher Begier ergriffene Gelegenheit bot, uns als die Störkraft der Konferenz zu bezeichnen, denen gerade noch im rechten Augenblick die Maske vom Gesicht gefallen sei. Glücklicherweise geschah das unter solchen Maßlosigkeiten, daß die Stimmung bald wieder umsprang, und glücklicherweise gelang es den deutschen Staatsmännern, die Aufregung zu beschwichtigen und durch geschickte Taktik die Mehrzahl der übrigen Mächte davon zu überzeugen, daß der inhaltlich durchaus einwandfreie deutsch-russische Vertrag auch formell kein so wenig eine Verhöhnung gegen den Geist der Konferenz darstelle.

So war dieser Zwischenfall in verhältnismäßig kurzer Zeit erledigt, allerdings nur, um sofort wieder von einer neuen Krise abgelöst zu werden, die sich aus der Unvereinbarkeit des russischen Standpunktes in Sachen der Kriegsschuldensschulden sowie der Entzignungen von Privatbesitz mit dem Standpunkt der Ententemächte ergab. So ist die Konferenz eben doch zu einem lebendigen und drastischen Beweis dafür geworden, daß man unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Wirtschaft wirklich noch nicht von der Politik trennen kann, daß die Welt heute eben doch noch im Banne politischen Mißtrauens liegt, und daß man nicht weiterkommen wird, solange man sich nicht entschließt, das Vergangene so gründlich auszulöschen, wie es in dem deutsch-russischen Vertrag in vorbildlicher Weise geschehen ist. Aber es ist ein großer Fortschritt, daß Frankreich schließlich wieder in wenig glänzender Isolierung als das eigentliche Hindernis und der eigentliche Feind einer Weltverneuerung daftand, und bleibt das so bis zum Schluß der Konferenz, so wird sie auch politisch nicht ohne wertvolles Ergebnis gewesen sein.

#### Badische Wochenrückblicke.

##### Leuerung, Wucher und Preisprüfungsämter.

Die Leuerung geht in unerhörtem Maße fort, gleichviel, ob der Marktpreis steigt oder fällt. Zwar hören wir, daß der Weizenpreis im Großhandel sinkt, nachdem die Inlandspreise die des Weltmarktes zum Teil überstiegen und somit den Anlaß zur Öffnung der Grenze für die Weizenzufuhr gegeben hatten. In Gestalt einer Wucherbilligung hat sich dieser Rückgang jedoch noch nicht bemerkbar gemacht. Dabei wäre eine Wucherbilligung umso wünschenswerter, als die unerhörten Fleischpreise für die Mehrheit der Bevölkerung den Fleischkonsum ohnehin unmöglich machen. Auch auf dem Fleischmarkt erleben wir die Erscheinung, daß ausländisches Fleisch erheblich billiger ist als das inländische und zwar in einem Maße, daß erstklassiges Geflügelfleisch aus Argentinien um 6 bis 8 M. billiger ist als einheimisches minderwertiges Frischfleisch, eine Tatsache, die bekanntlich dieser Tage auch die Baderische Staatszeitung „beranlaßt, von einem „unerhörten, zum Himmel schreienden Skandal“ zu sprechen und eine erweiterte Einfuhrerlaubnis als ein Mittel zu bezeichnen, um die Preislenkung bei uns zu fördern.

Daß übrigens die Fleischpreise in den verschiedenen Gegenden Deutschlands durchaus ungleich sind, geht soeben wieder aus einer Anzeige in den „Düsseldorfer Nachrichten“ hervor, die nach einer Wästermeldung lautet:

Großer Preissturz in allen Fleisch- und Wurstwaren. Heute und folgende Tage schönes, fettes Rind- und Ochsenfleisch, Suppenfleisch per Pf. 23—24 M., feinstes Bratenfleisch, Filet, Kalbsfleisch, alles ohne Ausnahme per Pfund 25 M., prima fettes Hammelfleisch per Pfund 26 bis 28 M., Mastfleischungen in Kalbfleisch, prima schneeweiße Ware, per Pfund 28—30 M., stets frisch gehacktes Rindfleisch per Pfund 28 M., sowie alle Wurstwaren billig. — Es kommt nur frisch geschlachtetes Fleisch zum Verkauf.

Man kann es verstehen, wenn badische Blätter in Anschluß daran Vergleiche mit den Preisen ziehen, die in badischen Städten bezahlt werden müssen und die Frage aufwerfen, ob das, was den Düsseldorfer Metzgern möglich ist, nicht auch einheimische fertig bringen sollten.

Auch in Berliner Blättern vom gestrigen Freitag finden wir wiederum Fleisch- und andere Rohungsmittel zu sehr bemerkenswerten und zu Vergleichs anregenden Preisen angeboten. So heißt es in einer Anzeige: Kalbskamm und Brust Pf. 24 M., Kalbsnierenbraten Pf. 27 M., Kalbskeule ganz und geteilt Pf. 27 M., Hammelfleisch Pf. 35 M.,

Schweineschinken Pf. 38 M., Schweinebauch und Blatt Pfund 38 M., Schweinerücken Pf. 38 M., Gehacktes Rind- und Schweinefleisch Pf. 32 M., Frische Eier Stück 3,50 M., Kartoffeln 10 Pf. 27 M. usw.

Wie es im Kartoffelhandel zugeht, beweist eine Mitteilung, die uns dieser Tage mit der Bitte um Veröffentlichung zugeht: Danach kaufte ein Einwohner von Ettlingen in der zweiten Hälfte des Monats März bei einem Landwirt in Bufenbach einen Zentner Speisekartoffeln zum Preise von 160 M. Am 13. April kaufte derselbe Mann bei demselben Landwirt abermals 1 Zentner Speisekartoffeln; jetzt kosteten die Kartoffeln aber nicht 160 M., sondern 300 M. Witzlin hat in der Zeit von 4 Wochen der Wert der Kartoffeln um 140 M. pro Zentner zugenommen, der Preis sich also beinahe verdoppelt. Wir haben dem Einsender empfohlen, den Fall bei der zuständigen amtlichen Stelle zur Anzeige zu bringen und zweifeln nicht daran, daß die Angelegenheit genau untersucht werden wird. Wir sind überzeugt, daß der Kampf gegen den Wucher noch erfolgreicher sein würde, wenn jeder, der sich von einem Lebensmittelverkäufer überfordert sieht, unverzüglich die örtlichen Preisprüfungsstellen, eventuell die Polizei oder das Bezirksamt benachrichtigen würde. In einzelnen Städten, z. B. in Karlsruhe, haben sich, wie feinerzeit berichtet wurde, auch die Verbrauchervereinigungen, Gewerkschaften, Hausfrauenvereine usw. zur Entgegennahme und Weiterverfolgung von Anzeigen bereit erklärt; es scheint jedoch, daß dies bei der Mehrheit der Konsumenten wieder in Vergessenheit geraten ist. Es wäre, gut, wenn die betreffenden Verbände von Zeit zu Zeit immer wieder einmal durch Zeitungsanzeigen oder Plakate auf die sehr verdienstliche Einrichtung aufmerksam machten. Auch bei der am Montag im Ministerium des Innern stattgefundenen Besprechung der Leiter der Preisprüfungsstellen ist darüber gesagt worden, daß die Preisprüfungsstellen noch nicht genügend in Anspruch genommen würden, da nur bei weitgehender Unterstützung durch die Bevölkerung und bei sofortiger Anzeige aller beanstandeten Preisforderungen eine durchgreifende Bekämpfung der Auswüchse in der Preisbildung möglich ist. Es wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß es in erster Linie die Sache des Publikums selbst ist, bei der Beseitigung dieser Mißstände tatkräftig mit Hand anzulegen — eine Tatsache, auf die, wie unsere Leser wissen, in der „Karlsruher Zeitung“ seit Jahren schon in zahlreichen amtlichen und nicht-amtlichen Artikeln aufmerksam gemacht wurde.

##### Mittelstandsnot und Altershilfe.

Aber dem Existenzkampf, der alle Klassen des erwerbstätigen Volkes erschüttert, wird das Elend einer Bevölkerungsschicht und zwar gerade derjenigen, die von der Not des Tages am unbarmerzigsten bedrängt wird, des verarmten einstigen sog. „Mittelstandes“, noch heute von vielen übersehen. Und doch machen Tausende und Werttausende gerade aus diesen Kreisen, die infolge Alters oder Krankheit nicht mehr in der Lage sind, sich den dringenden Lebensunterhalt zu verdienen, ein Martyrium durch, mit dem verglichen die Sorgen auch der schlechtestbezahlten Erwerbstätigen immer noch gelinde zu nennen sind. Von ihren künftigen Renten lebend, die kaum die Wohnungsmiete zu decken vermögen, oder von ihren letzten Ersparnissen zehrend, sofern sie diese nicht schon aufgebraucht haben, vegetieren diese Bedauernswerten, die nicht auf die Straße gehen und ihre Not in die Welt hinausjagen können, in dumpfer Verzweiflung dahin, langsam verelendend und verhungern. Immer häufiger werden die Fälle, in denen solche Unglückliche an der Welt, an Gott und Menschen verzweifeln, einem langsamen Dahinsterven ein rasches, gewaltsames Ende vorziehen. Man sieht sie nicht und hört sie nicht, sie haben ja vielleicht nicht einmal mehr eine halbwegs anständige Kleidung, in der sie sich bei Tage über die Straße wagen. Die eigene Not macht zu viele unter uns stumm und blind gegen das Elend um uns. Und doch findet sich genug Gelegenheit, dieses Elend kennen zu lernen. Man blide nur um sich oder erinnere sich seiner Bekannten aus Mittelstandskreisen u. forsche einmal nach ihren Verhältnissen. Sympatomatisch tritt die Not bei den sogenannten Mittelstandskäufern an den Tag, deren einer in den letzten Tagen wieder in Heidelberg stattfand. Diese Märkte sind bekanntlich eingerichtet worden, um die Bedauernswerten, die genötigt sind, „Entbehrliches“ (was wäre für den Hungernden nicht „entbehrlich“) aus ihrem Hausrat zu angemessenen Preisen — unter der Mitwirkung ehrlicher Makler aus Kaufmannskreisen als Taxatoren — zu veräußern, ohne dabei Gefahr zu laufen, durch unredliche Treppenhändler überfordert zu werden. Die Heidelberger Presse konnte berichten, daß dieser Mittelstandsverkauf so reichlich mit Haushaltsgegenständen, Kleidern, Schuhen, Wäsche, Handarbeiten, Büchern, Kunstgegenständen usw. besetzt war, daß die Verkaufsgegenstände nicht nur den Ballsaal der Stadthalle, sondern auch die beiden Nebenräume füllten. Wer weiß, mit welcher Liebe gerade der einstige Mittelstand an seinem altgewohnten Hausrat hängt, an den sich oftmals alte und teure Erinnerungen knüpfen, der wird ermessen können, wieviel Bedrängnis und Jammer in den allermeisten Fällen an dem Beschluß, sich von diesen Gegenständen zu trennen, hängt! Es braucht wohl kaum betont zu werden, daß es sittliche Pflicht eines Jeden ist, sich an der Binderung der großen Not, zu deren Beseitigung die aus öffentlichen Mitteln gemachten Aufwendungen bei weitem nicht ausreichen, zu beteiligen. Gelegenheit dazu bietet sich gerade in diesen Tagen, an denen in unseren badischen Städten wie anderwärts die öffentliche Sammlung für die Altershilfe des deutschen Volkes vor sich geht. Wer auch nur eine Spur menschlichen Mitgeföhls und sozialen Verständnisses in sich trägt, der wird diesem durch Werberbriefe, Haus- u. Straßenfammlungen betriebenen Werke seine Unterstützung nicht verjagen. —

Mit einer Beilage: 40. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

# Neue, unerwartete Gefahren für die Presse.

Wir werden um Aufnahme des folgenden Artikels gebeten:

Seit geraumer Zeit beschäftigt sich die Öffentlichkeit mit den Gefahren, die die Existenz der deutschen Presse bedrohen. Nachdem der Druckpapierpreis das Maß des Friedenspreises mit gewaltigen Sprüngen in kurzer Zeit erreicht hatte, entschlossen sich Reichstag und Regierung, einzugreifen. Die Zeitungsleser und alle, denen die Zeitung auch volkswirtschaftlich nicht auf andere Art ersichtbare Dienste leistet, die Volksgemeinschaft erkannte die öffentliche Gefahr in der Lebensbedrohung der Presse, deren Zerfall auch den politischen Aufschwungprozess herbeiführen muß.

Bei der Aussprache im Reichstag, insbesondere auf die eindringliche Rede des Reichstagspräsidenten Lobe gab die Regierung eine Erklärung ab, die hoffnungsvoll aufgenommen wurde. Bei den wohlbedachten Maßnahmen handelte es sich, wenn auch um eine Bewirtschaftung des Druckpapiers und seiner Vorprodukte, nicht etwa um die Rückkehr zu der im Kriegsaus der Not geborenen Zwangswirtschaft. Es war keine Nationalisierung beabsichtigt, nur die Sicherstellung eines Existenzminimums an Papier für die deutsche Presse. Zu diesem Zweck soll eine im Verhältnis zur gesamten Volkswirtschaft nicht bedeutende Menge Papierholz den ungeheuerlichen Preistreibern entzogen und in ähnlicher Weise bei andern Holzprodukten verfahren werden, nicht etwa um märchenhaft billige Papierpreise herbeizuführen, sondern die Mindestmenge für die Zeitungen zu einem eben noch für die Presse und die Wirtschaft lebensmäßigen Preise herzustellen. Das bedeutet nichts Außergewöhnliches. Das gleiche ist längst beispielsweise für entsprechende Mengen Brennholz und für gewisse Holzverarbeitende Industrien geschehen. Selbstverständlich erhob sich der Widerstand der Papier- und Zellstoffindustrie. Man versteht es zunächst nicht, welches Interesse diese Industrien daran haben können, ein Gesetz zu bekämpfen, das es ihnen ermöglicht, für die Zwecke der deutschen Presse billigeres Rohmaterial zu verwenden. Daß allerdings damit verbunden sein muß eine Nachprüfung der Preise, ist wohl selbstverständlich. Im übrigen sollen ja die Zeitungen über ihr Existenzminimum hinaus so viel Papier, wie ihnen beliebt, zum Marktpreise kaufen. Bekämpfen kann also die Dissaktion für die Presse nur, wer rückwärtslos immer höhere Preise in einem zweifellos dem politischen und wirtschaftlichen Wohl der Volksgemeinschaft schärf entgegengekehrten privaten Interesse durchsetzen will.

Solche Geistesart dürfte man am liebsten wohl von einem Beamten der Reichsregierung erwarten. Die hat ja eben erst feierlich ihre Dissaktion angekündigt. Nun lese man aber das folgende Dokument, um es zu erfahren.

Gemeinsame Geschäftsstelle  
der Sächsischen Handelskammern,  
Berlin.

Berlin, den 7.4.22.

Streng vertraulich!

Bericht Nr. 169.

An die  
Handelskammern Chemnitz, Dresden, Leipzig,  
Pflauen, Jittau.

Sicherstellung des Papierbedarfs  
und Zwangsbewirtschaftung von  
Papierholz, Zellstoff und Druck-  
papier.

Wie ich erfahren habe, haben sich die Vertreter der Länder zum überwiegenden Teil in den zuständigen Ausschüssen des Reichsrates gegen die von den Zeitungsverlegern erstrebte Einführung einer Zwangsbewirtschaftung für Papierholz, Zellstoff und Druckpapier ausgesprochen. Damit kann aber keineswegs die Gefahr als beseitigt angesehen werden, da der Einfluß, den die Presse auf die gegenwärtig im Gang befindlichen Verhandlungen im Reichstage zu nehmen bemüht ist, nicht unterschätzt werden darf. Herr Oberregierungsrat Fessler, der zuständige Referent im Reichswirtschaftsministerium, mit dem ich über die Angelegenheit gestern gesprochen habe, hat mich in dieser Annahme bestärkt und mir gegenüber streng vertraulich angebeutet, daß es ihm willkommen sein würde, wenn sich die Handelskammern anlegen sein ließen, möglichst umgehend sowohl beim Reichstage, als auch beim Reichswirtschaftsministerium, nachdrücklich Einspruch gegen den von den Zeitungsverlegern erstrebten Rückfall in die Zwangswirtschaft zu erheben, da von solchen Protesten aus den beteiligten Kreisen bisher nur sehr wenig zu vernehmen gewesen sei. Ich möchte daher den Handelskammern empfehlen, dem mir von Herrn Oberregierungsrat Fessler gegebenen Wink möglichst umgehend Folge zu leisten. Die von der Handelskammer Leipzig dem sächsischen Wirtschaftsministerium in der Angelegenheit unterbreitete Eingabe habe ich Herrn Graf von Holtzendorff zur Kenntnis gebracht.

Dieses Dokument wird besonders bezeichnend dadurch, daß Herr Oberregierungsrat Fessler der beamtete Vertrauensmann des Reichswirtschaftsministeriums ist, welcher an den Verhandlungen über die Not der Presse und die Notwendigkeit, auch an den vertraulichen Verhandlungen hierüber im Interfrat-

tionellen Ausschuss des Reichstags, teilgenommen hat. Die Vertreter der Presse brachten natürlich dem verpflichteten, amtlichen Gehilfen des Staatssekretärs Girsch volles Vertrauen und volle Offenheit entgegen. Hier die Quittung. Das Altentüch bedarf keines Kommentars.

Wie weit im übrigen die Pressefeindschaft geht, ist auch aus dem Schriftstück zu sehen, das mit dem vorher mitgeteilten gleichzeitig verhandelt worden ist. Wir geben es hier gleichfalls im Wortlaut wieder:

Deutscher Industrie- und Handelsrat.

Berlin C 2,

Neue Friedrichstr. 53/58

An die Handelskammer Chemnitz.

A. 1848/22.

„Streng vertraulich, Presse ausgeschlossen!“

Zwangsbewirtschaftung von Papier.

Bezugnehmend auf die Verhandlungen im Deutschen Reichstag über die Not der Zeitungen am 7. d. M. verweisen wir noch besonders auf die von Staatssekretär Herrn Girsch im Auftrage der Reichsregierung abgegebene Erklärung. Hiernach werden gemäß dem von den Angehörigen sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Kommunisten gestellten Antrag Lobe geeignete Maßnahmen beabsichtigt, durch die eine Zwangsbewirtschaftung von Papier eingeführt wird, für die ein sehr weitgehender Entwurf schon vorliegt. Wir halten es für unsere Pflicht, diesen Plänen unsere besondere Aufmerksamkeit zu schenken und würden es dankbar begrüßen, wenn Sie feststellen wollten, ob Ihre Papierindustrie diesen Entwurf schon kennt und was dazu von Ihrer Seite zu bemerken ist. Gleichzeitig wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns recht bald mitteilen könnten, welche Veränderungen Ihres Erachtens zu einer etwaigen Beratung einzuladen wären. Grundzüge des Gesetzentwurfs liegen an.

Erstes geächtetes Präsidentsamt

J. A.

(gez.) Dr. Sapp.

Die Presse wird nicht sehr erkaunt sein über diese Stellungnahme und über die Kurzsichtigkeit und Unbanbarkeit, die aus der völligen Verkennung der Lage und der öffentlichen Leistungen der Presse nicht zuletzt für Handel und Industrie spricht.

Wir sind der Bitte um Abdruck dieses Artikels nachgekommen, da es sich hier um die Existenz der deutschen Presse handelt. Der dokumentarisch belegte Vorwurf ist allerdings ungeheuerlich, und das Tun des betr. Beamten geeignet, nicht nur die Interessen der deutschen Presse schwer zu gefährden, sondern auch der Reichsregierung Schwierigkeiten zu bereiten.

## Politische Neuigkeiten.

### Die Konferenz von Genua.

Dr. Wirth bei der russischen Delegation.

Die Delegation der russischen föderativen Sowjetrepublik hatte vorgestern abend eine Anzahl von Mitgliedern der deutschen Delegation zu einem Abendessen geladen. Der Einladung waren der Reichszugler Dr. Wirth, der Reichsminister des Äußern Dr. Rathenau und der Reichswirtschaftsminister Schmidt gefolgt. Tischgespräch begrüßte die Gäste als Vertreter des ersten großen Landes, das durch einen Vertrag auf der Basis friedlicher Zusammenarbeit zu Sowjetrußland in normale Beziehungen getreten ist. Der Reichszugler Dr. Wirth betonte in einem Trinkpruch, der dem russischen Volke galt, den wirtschaftlichen Charakter des Vertrages, der nicht den Interessen einer Nation, sondern ganz Europas und der Menschheit zu dienen bestimmt sei.

Zur Rede Poincaré.

Der Pariser Professor für Völkerrecht Scelle setzt sich im „Centre“ mit der von Poincaré in War le Duc gehaltenen Rede auseinander. Er nennt sie eine veraltete Rede, denn die französische öffentliche Meinung werde nicht zugeben, daß die Regierung Frankreichs von neuem in ein Abenteuer stürze, das sich von dem des Jahres 1914 unterscheiden würde. Zunächst dadurch, daß Frankreich isoliert werde, dann aber auch dadurch, daß Frankreich dabei die Initiative hätte. Zweifellos sei der Versailles Vertrag nicht ausgeführt worden. Aber es handle sich nicht einmal mehr darum, ob die Deutschen ihrerseits ihn noch unausführbar gemacht hätten. Der springende Punkt sei, daß ein Vertrag der zu seiner Durchführung 35 bis 40 Jahre erfordere und dessen Ausführung der Politik aller übrigen Nationen fesseln anlege, nicht durchführbar sei. Der Professor nennt den Paragraphen 17 des Anhangs 2 zum Abschnitt 8 des Friedensvertrages eine der schärfsten Geleiten seiner illustren Verfasser. Werdies sei der Text noch zweideutiger. Er belege einmal, daß das Recht, gewisse Maßnahmen zu treffen, den alliierten und assoziierten Mächten zufalle, und dann sage er wieder, daß die in Frage kommenden Regierungen beurteilt werden, welches die notwendigen Maßnahmen seien. Poincaré sei nicht der einzige Schlichter auf der Welt, und er werde schon einen finden, der ihm die richtige Antwort gebe, wenn er in den Krieg ziehen möchte. Der Verfasser findet es ein wenig überflüssig, daß Poincaré für den 31. Mai an die heilige Einigkeit aller Franzosen appelliert habe, in einem Augenblick, wo es Pflicht sei, unbedachten Worten und unüberlegten Gesten die Argumente

der Vernunft entgegenzusetzen. Worte und Gesten seien nicht in den Wind gesprochen. Sie richteten Schlimmes an, und die Franzosen hätten die Folgen zu tragen.

Ein englisches Dementi.

Eine Anfrage des Vertreters des W.V. an hiesiger amtlicher Stelle hat ergeben, daß im Gegensatz zu der in London verbreiteten Meldung, die britische Regierung verfüge über offizielle Informationen, daß zwischen Deutschland und Rußland Verhandlungen zwecks Abschluß einer umfassenden politischen und militärischen Vereinbarung im Gange seien, an amtlichen Stellen nicht das Geringste von demartigen Verhandlungen bekannt ist. — Der Berichterstatter des Star schreibt, sowohl das britische Auswärtige Amt, als auch das Kriegsamt legten der Meldung, daß der deutsch-russische Vertrag eine Geheimkaufel enthalte, die die Entsendung deutscher Marineoffiziere und Mannschaften zur Besatzung der russischen Kriegsschiffe und die Ausleihung von deutschen Offizieren zur Ausbildung des russischen Heeres vorsehe, nicht die geringste Bedeutung bei. Diese Meldung sei nicht offizielle Propaganda. Ihr Ursprung sei Paris. (Anmerkung des W.V.: Dadurch erfahren die vom Reichszugler und auch andererseits amtlich zurückgewiesenen Verleumdungen auch ein indirektes Dementi durch die offiziellen englischen Stellen.)

Abreise Barthous.

Aus Genua wird vom Freitag gemeldet: Barthou wird morgen in Paris eine Besprechung mit Poincaré haben und am Mittwoch nach Genua zurückkehren. Während seiner Abwesenheit wird Barthou von dem französischen Botschafter in Rom vertreten werden. Aus französischer Quelle verlautet, die geplante Vollziehung sei auf englischen Antrag bis Mittwoch nachmittag verlagert worden. Barthou werde bei seiner Reise den vollen Text der nun endgültig festgelegten Denkschrift der russischen Kommission mitnehmen, zu der mehrere französische Abänderungsanträge vorliegen.

Franszösische Stürksteil.

Aber den vorgestrigen Pariser Ministerratbeschlusses wird offiziös mitgeteilt:

In der Frage des deutsch-russischen Abkommens habe die französische Botschafterkonferenz appelliert. Wenn Lloyd George dagegen wünsche, daß der Oberste Rat sich damit befasse, so habe Frankreich nichts dagegen einzuwenden, wenn die Delegationen der in Betracht kommenden Mächte sich in Genua mit diesem Problem beschäftigen. Herr Poincaré selbst bedauere allerdings, da er durch die Abwesenheit des Präsidenten der Republik in Paris zurückgehalten werde, an diesen Beratungen nicht persönlich teilnehmen zu können. Er werde sich durch Herrn Barthou vertreten lassen. Regim. Lloyd George mit diesem Vorschlag nicht einverstanden sei, so stelle die französische Regierung anheim, den Obersten Rat später und an einem andern Ort als Genua zusammenzutreten zu lassen. In der Frage der Haltung gegenüber Rußland hat der Ministerrat beschlossen, an der Forderung festzuhalten, die Sowjetregierungen vor ein Ultimatum zu stellen. Ein dafür von Barthou vorgeschlagener Text wurde vom Ministerrat beibehalten und die französische Delegation beauftragt, ihn der Zustimmung der übrigen Alliierten zu unterbreiten.

Die Botschafterkonferenz trat am Freitag zusammen, um einige Fragen von geringerer Wichtigkeit zu behandeln. An die Presse wurde kein Bericht abgegeben. Dem Vorschlag der französischen Regierung, die Botschafterkonferenz mit der Prüfung des deutsch-russischen Vertrages zu betrauen, wurde keine Folge gegeben, da Lloyd George als Antwort auf die französische Anregung, die ihm übermittelt worden war, eine Versammlung des Obersten Rates in Genua vorgeschlagen hat.

## Die Finanzminister der deutschen Länder

traten in Würzburg zu einer Konferenz zusammen, die von Reichsfinanzminister Dr. Gernies mit einer Ansprache eröffnet wurde. Dr. Gernies führte aus, daß es eine Lebensnotwendigkeit des Reiches sei, die Länder und die Gemeinden lebensfähig zu erhalten. Auch das Reich sei in allen seinen Gliedern einmütig dem ja. Der Finanzminister hob hervor, daß die Finanzverwaltung und Finanzverwaltung des Reiches durch die Gesetzgebung von 1919 und 1920 auf völlig neuer Grundlage geordnet worden sei. Die Wucht der Lasten habe unaufhaltsam dahin gedrängt. Der Finanzminister teilte mit, daß für das Rechnungsjahr 1921 die Einnahmen des Reiches aus Steuern und Abgaben annähernd 90 Milliarden Mark betragen haben, was gegenüber einem Voranschlag von 56,6 Milliarden Mark ein Mehr um etwa 60 Prozent bedeute. Wenn dieses Ergebnis auch zum Teil auf die Geldentwertung zurückzuführen sei, so stelle es andererseits doch einen sichtbaren Beweis dafür dar, daß die Finanzverwaltung des Reiches nunmehr laufe. Man dürfe hiernach die Hoffnung haben, daß auch die letzten Schwierigkeiten der Umstellung halb überwunden sein würden. Reichsfinanzminister Dr. Gernies fuhr fort:

Der Schuldenstand des Reiches von etwa 5000 bis 6000 M. auf den Kopf der Bevölkerung wird jedenfalls in keinem Lande auch nur annähernd erreicht. Soweit die Ausgaben der Länder sich im Augenblick übersehen lassen, weisen sie nicht nur in ihrer relativen Höhe, sondern auch in dem ganz verschiedenen Verhältnis der Steigerung so auffallende Unterschiede auf, daß der Gedanke nicht fortzuweisen ist, es müsse in dem einen oder in dem anderen Falle doch größere Sparsamkeit, über deren dringende Notwendigkeit wir auch ausnahmslos einig sind, möglich und erwägenswert sein. Auf der andern Seite sind die Realsteuern zwar in zahlreichen Ländern neu geordnet, jedoch in einigen Ländern noch lange nicht voll ausgenutzt. In diesem Falle ist die Lage der Gemeinden ganz wesentlich schwieriger als die der Länder. Auch ihre Not wird nur gemessen werden an der Not des Reiches. Es ist notwendig, die finanziellen Beziehungen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden einer eindringlichen Prüfung zu unterziehen und ihre Neuorganisation auf einer Grundlage anzustreben, die allen Beteiligten die finanzielle Lebensfähigkeit gewährleistet. In erster gemeinsamer Arbeit mit Ihnen bin ich bereit, nach einem Wege zu suchen, der jedem von uns gangbar erscheint; dabei muß aber wieder darauf hingewiesen werden, wie außerordentlich beschränkt der Kreis der Möglichkeiten ist. Es handelt sich um wesentlichen um zwei große Fragen: die eine betrifft die Einnahmen der Länder und der Gemeinden an eigenen Steuern und Anteil an den Reichsteuern, die andere dagegen die Zuschüsse, die Länder und Gemeinden aus Anlaß der Erhaltung der Beamtengehälter erhalten werden. Werden die Gehälter abermals erhöht, so steigen auch die Zahlungen des Reiches automatisch mit, so daß die Deduktion durch Reichsteuern länger desto mehr aus dem Reich der Möglichkeit rückt.

Es wird dahin zu streben sein, daß die Zahlungen zu einer etwamäßigen vertretbaren Ausgabe und für die Haushaltungen der Länder und Gemeinden zu einer Einnahme gestaltet werden, die möglichst zum Voraus berechenbar ist und zwar auf einer auch für die künftigen Gebaltsveränderungen gültigen Grundlage. Bei einem System fester Zuschüsse wird den Ländern und Gemeinden einerseits ein geregelter Haushalt ermöglicht und andererseits ihre Finanzhoheit gewährleistet. — Mögen die jetzigen Besprechungen dazu beitragen, den Geist der Einigkeit und des Vertrauens zu fördern, der es dem Reiche und allen seinen Mitgliedern ermöglichen kann, aus schwerer Zeit gefestigt und gestärkt hervorzugehen.

## Dr. ing. h. c. Geheimrat Wasmser.

Aus Beamtenkreisen wird uns geschrieben:

Am 1. Mai d. J. feiert hier Herr Geheimrat Dr. ing. h. c. Wasmser seinen 80. Geburtstag. Obwohl dieser seit 1918 von der praktischen Tätigkeit zurückgezogen im Ruhestand lebt, sollte dieser Tag Anlaß geben, seiner Bedeutung und Verdienste zu gedenken. Wasmser ist ohne Zweifel nicht nur einer der bedeutendsten Eisenbahntechniker, sondern eine der hervorragendsten Persönlichkeiten unter den älteren Bauingenieuren des badischen Landes.

Geboren in Karlsruhe trat er nach dem Studium an der hiesigen Hochschule 1868 als Ingenieurpraktikant in den badischen Staatsdienst. 1886 wurde er Baurat und Kollegialmitglied bei der Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnen, seit 1898 hatte er als Vorstand der Bauabteilung (Baubirektor) die Oberleitung des gesamten Bauwesens unserer staatlichen Eisenbahnverwaltung. Dieses Amt bekleidete er 15 Jahre bis zu seinem Abtritt in den Ruhestand.

Seine leitende Tätigkeit fiel in die Zeit einer außerordentlich aufblühenden Entwicklung der badischen Eisenbahnen, die erst durch die Ereignisse des Jahres 1914 jäh abgebrochen wurde. Diese Entwicklung veranlaßte eine sehr rege Bauaktivität, besonders gekennzeichnet durch den Umbau oder Neubau aller großen und vieler mittleren Bahnhöfe, wozu die rasche Ausbreitung der Industrie, die Vergrößerung der Städte und der infolgedessen stark anwachsende Verkehr gütlich drängte.

Besonders zu erwähnen sind die umfangreichen Bahnhofsbauten in Basel, Freiburg, Offenburg, Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg, die teils dem gesamten Bahnverkehr, teils nur dem Personen- oder Güterverkehr zu dienen haben. Alle diese und viele

kleinere Bahnhofsanlagen, sowie einige neue Bahnlinien (z. B. die Verlängerung der Höllethalbahn und Murgthalbahn, die Rodenfeegürtelbahn u. a.), und der Rheinhausen in Rehl sind unter seiner leitenden Mitarbeit entstanden; besonders gilt dies von dem neuen Verschubbahnhof Mannheim und den Bahnhofsanlagen in Heidelberg, deren Entwurfsbearbeitung und Baureisepizier er sich selbst vorbehalten hatte. Der erste ist während seiner Amtstätigkeit vollendet worden, von dem zweiten nur ein Teil (Mittelbahnhof mit Verschubanlage, die Zufahrten und der neue Tunnel durch den Königstuhl). Seine eisenbahntechnisch bedeutendste Schöpfung ist wohl der Verschubbahnhof in Mannheim, einer der wichtigsten, leistungsfähigsten und eigenartigsten Verschubbahnhöfe von Deutschland, der noch immer von zahlreichen Fachleuten zu Studienzwecken besucht wird.

Auf dem Gebiet des Bahnhofsbaus war Wasmser neben dem schon 1914 verstorbenen Geheimen Oberbaurat Baumann einer der besten Sachverständigen des badischen Staates; aber auch in anderen bautechnischen Fragen, besonders bei der Untersuchung der Linienführung neuer Bahnen und der Anlage von Häfen wurde sein Rat und Gutachten oft in Anspruch genommen. Seine Verdienste als Beamter hat die badische Regierung durch verschiedene hohe Auszeichnungen anerkannt. Die jüngste Ehrung wurde ihm im letzten November von Seiten der hiesigen Technischen Hochschule durch Verleihung der Ehrenbürgerwürde zuteil.

Diejenigen Beamten, die mit und unter ihm gearbeitet haben, schätzen ihn nicht nur als hervorragenden Ingenieur, sondern ebenso als geistig anregenden, lebenswürdigen und wohlwollenden Menschen. Sie wünschen ihm von Herzen einen langen und schönen Lebensabend in Gesundheit und Geistesfrische.

## Der Reichsernährungsminister über die Getreideumlage.

Der Reichsernährungsminister veröffentlicht eine Zuschrift des Reichsernährungsministers über die Frage der Getreideumlage. Es heißt darin: Der Minister hat im Januar 1922 im Reichstag erklärt, er würde es für unverantwortlich halten, jetzt wieder die freie Wirtschaft auf dem Getreidegebiet vorzuschlagen, und er halte es auch für unverantwortlich, wenn einzelne Landwirtschaftliche Kreise diese Forderung erheben. Wenn demgegenüber immer wieder behauptet wird, daß ein unbefristetes Versprechen der Reichsregierung, unter allen Umständen die freie Wirtschaft einzuführen, gegeben sei, so ist dies eine völlige Irreführung der öffentlichen Meinung. Die nach der Verfassung berufenen Faktoren der Reichsregierung, der Reichsrat und der Reichstag werden in der nächsten Zeit zu entscheiden haben, wie die Fortsetzung des kommenden Wirtschaftsjahres in einer für die Bevölkerung erträglichen Weise sichergestellt werden kann. Ein Ausgleich der verschiedenen Interessen wird nur gefunden werden können, wenn bei allen beteiligten Kreisen der Wille zur Verständigung geliebt wird.

Deschanel f. Der ehemalige Präsident der französischen Republik, Deschanel, ist gestern nachmittag gestorben.

## Kurze polit. Nachrichten.

Vom Süddeutschen Metallarbeiterstreik. Nach dem Scheitern der Einigungsversuche des Reichsministers hat Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager-Stuttgart den Vertretern der württembergischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände Vergleichsvorschläge unterbreitet. Der Vergleichsvorschlag lautet: 1. Die Arbeit wird sofort, möglichst am Dienstag, den 2. Mai vormittags wieder aufgenommen. 2. Alle über 25 Jahre alten Arbeiter erhalten zu ihren bisherigen Grundlöhnen (Stundenlohn bzw. Akkordbedienstet) und den bisherigen Feuerungszulagen ab 1. Dez. 1921 2. M., ab 1. Februar 1. M., weiterhin die Zulagen des Schiedsspruchs vom 24. Februar ab 16. Februar 1. M.; ab 6. März 1.60 M.; dazu die Erhöhung der Verbräutetenzulage um 30 Pf.; sowie ab 2. Mai eine weitere Zulage, die für die über 25 Jahre alten Arbeiter 5.50 M. beträgt, für die andern Altersklassen entsprechend abgestuft wird. 3. Die Sätze des Schiedsspruchs vom 24. Februar werden für die Zeit bis zum Tage der Einstellung der Arbeit nachbezahlt. 4. Die Urlaubsregelung erfolgt nach den Bestimmungen des neuen Heidelberger Abkommens. 5. Die regelmäßige reine Arbeitszeit beträgt ab 2. Mai 47 Stunden, ab 1. Juni 48 Stunden. 6. Damit jedoch ein richtiges Verhältnis zwischen Grundlohn und Feuerungszulagen herbeigeführt wird, empfiehlt sich den Parteien, zu gegebener Zeit sich über eine Herabrechnung des größeren Teils der Feuerungszulagen in die Grundlöhne zu verständigen.

## Badische Uebersicht.

### Zum Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten.

Der bayerische Ministerpräsident Graf von Lerchenfeld trifft am Montag abend zum Besuch der badischen Regierung in Karlsruhe ein. Graf von Lerchenfeld darf eines warmen Empfanges in Baden sicher sein, hat er es doch in der kurzen Zeit seiner Amtsführung verstanden, sich die Sympathien der ernsthaft denkenden politischen Kreise auch unseres Landes zu erwerben. Der Grund dafür liegt einmal in seiner wiederholten und nachdrücklichen Bekundung seiner Überzeugung von der vitalen Bedeutung der Reichseinheit für alle Gliedstaaten und seiner unverbrüchlichen Reichstreue, zum anderen in der von ihm bewiesenen, von staatsmännischer Einsicht getragenen Bereitwilligkeit zu harmonischem Zusammenwirken mit den übrigen süddeutschen Länderregierungen in allen Fragen, an denen Süddeutschland besonders interessiert ist. Dazu kommt, daß es ihm gelungen ist, die innerpolitischen Verhältnisse Bayerns in einer Weise zu konsolidieren, die zumal nach den heftigen Parteikämpfen unter seinem Amtsvorgänger auch außerhalb der blau-weißen Grenzgebiete sympathisch betrachten mußte. Wir sind gewiß, daß der Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten in Karlsruhe zur weiteren Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den süddeutschen Ländern und zur Förderung vor allem der wirtschaftlichen Interessen Süddeutschlands beitragen wird. In diesem Sinne begrüßen wir den Gast aufs herzlichste.

### Badischer Landtag.

DZ. Karlsruhe, 28. April.

Im Beginn der Nachmittags-Sitzung widmete Präsident Wittmann dem verstorbenen Archivar Gehler einen ehrenden Nachruf. Darauf folgte das Haus die Justizdebatte fort. Abg. Schneider-Weidelberg (Zentr.) machte Ausführungen zum Verjährungsrecht. Zu begrüßen sei die Geldstrafe an Stelle der kürzeren Freiheitsstrafe, desgleichen die Schaffung von Gefangenenkolonien. Redner gab verschiedene Anregungen zum Strafvollzug. Die Überfüllung der großen Gefängnisse hat zu einer Erweiterung der Zuständigkeit der Kreis- und Amtsgefängnisse geführt. Der gute Ruf des badischen Strafvollzuges sollte noch dadurch erhöht werden, daß auch in den kleinen Anstalten Bedacht auf die Seelsorge genommen wird. Eine der Hauptaufgaben des Strafvollzuges ist die Fürsorge für die entlassenen Gefangenen. Redner bemerkt, daß die Frau nach der Statistik eher zum Rückfall neige als der Mann. Die auf dem Gebiete der Fürsorgeerziehung erfolgten Verbesserungen würden dankbar anerkannt. Die Unterbringung der jungen Leute in geeigneten Familien kann nur von Segen sein. Die religiöse Erziehung darf nicht Rotzeln. Sie ist das beste Mittel, um auf den Jüngling bessernd einzuwirken. Viel Gutes leisten die karitativen Anstalten, denen der Staat allerdings finanziell beistehen muß.

Abg. Frau Fischer-Karlsruhe (Soz.) fordert Zulassung der Frau zu allen öffentlichen Ämtern. Die Fähigkeit dazu dürfe man ihr nicht abstreiten; auch sie werde sich eben praktisch erproben müssen.

Präsident Wittmann teilt mit, daß ein Schlußantrag eingegangen sei.

Nach der Mederesse seien alle Parteien und Gruppen zum Wort gekommen. Dagegen protestiert der Abg. Bod mit Worten wie „Vergewaltigung“ und „Unmoral“. Er wurde unter großer Unruhe im Laufe zur Ordnung gerufen. Der Schlußantrag fand mit 23 gegen 21 Stimmen Annahme.

In der Einzeldebatte bemängelte Abg. Dr. Gläcker (Dem.), daß zum über den Fall Bernauer so viele Worte machte.

In der Einzelberatung stellte Minister Trunk wiederholt fest, daß die Politik bei der Ernennung von Richtern bisher keine Rolle gespielt habe und nie spielen dürfe. Auch die mittleren und unteren Beamten im Justizdienste hätten gute Arbeit geleistet. Die Änderung der Dienenbestimmungen für das Reich ist im Gange.

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) bemerkte, daß der Minister recht gehandelt habe, als er auf die Angriffe gegen den Ministerialdirektor Dr. Bernauer näher einging und die in Frage kommenden Personen nannte. Wer den Direktor kenne, traut ihm sicher keinen Eingriff in die Rechtspflege zu. Er wolle lediglich auftauchenden Schwierigkeiten begegnen. Die Aufregung darüber in gewissen Kreisen ist eine gemachte.

Abg. von Au (Landbund) polemisierte gegen den Abg. Marum.

Beim Titel Amtsgerichte vertrat der Abg. Dr. Fähr (Ztr.) den Wunsch der 11 000 Einwohner zählenden Stadt Singen a. S. nach Errichtung eines Amtsgerichtes daselbst. Er verkennt nicht die finanziellen Schwierigkeiten. Die Einrichtung der kleinen Schöffengerichte dürfte vielleicht ein Weg sein, um dem Verlangen Singens einigermaßen gerecht zu werden.

Minister Trunk: Die Frage soll geprüft werden.

Abg. Ritter (Komm.) fordert die Entfremdung des Staatsanwaltes Bender in Mannheim.

Minister Trunk erklärte, es bestehe kein Anlaß gegen Oberstaatsanwalt Bender vorzugehen.

Im Verlaufe der Weiterberatung, in der auch die Abgg. Hanemann (D. Natl.) und Kullmann (Soz.) das Wort nahmen, sprach die Abg. Frau Anger (U. S. P.) u. a. von der Dynastie des Zentrums, was große Heiterkeit hervorrief.

Minister Trunk anerkennt, daß die Anwaltschaft durch die Armenrechtsprozesse stark belastet ist. Der Erlaß der Gebühren würde mäßig rechtsgefühlt geregelt werden.

Bei Titel „Fürsorgeerziehung“ empfiehlt Abg. Hüger (Ztr.) nochmals seinen Antrag auf rechtliche Besserstellung des unehelichen Kindes.

Der Rest des Etats wird ohne wesentliche Debatte genehmigt. Die Abstimmung über die Anträge wird ausgesetzt. Nächste Sitzung Montag, 8. Mai, nachmittags.

## Das Schluchsee-Kraftwerk.

Wie schon kurz berichtet, hat der Hauptauschuß des Landtags dieser Tage mit großem Interesse die Ausstellung der Entwürfe des Schluchsee-Wettbewerbs besichtigt.

Von Regierungsbaumeister Henninger werden uns über die Bedeutung des Schluchsee-Kraftwerkes und über das Ergebnis des Wettbewerbs folgende näheren Mitteilungen zur Verfügung gestellt:

Die Aufgabe die den Teilnehmern am Schluchsee-Wettbewerb gestellt war, bestand darin, die Wasserkraft des südlichen Schwarzwalds zur Erzeugung von Spitzenkraft für Südbaden und zur Erzeugung von Ergänzungskraft für die gesamten badischen Wasserkraft auszugestalten. Diese Aufgabe war für zwei Ausbaustadien in den Unterlagen des Wettbewerbs klar gelegt. Der erste Ausbau sollte der Deckung des gegenwärtigen Bedarfs an Spitzen- und Ergänzungskraft aus Wasserkraftwerken dienen, während der zweite Ausbau die gleiche Aufgabe für einen Landesbedarf von 1 Milliarde Kilowattstunden im Jahre erfüllen sollte.

Ein Teil der Entwürfe sucht die Aufgabe durch Stollenzüge quer zu den vom Felberggebiet ausgehenden Flußläufen, in die an geeigneten Stellen Gefällstufen mit Kraftwerken eingeschaltet sind, zu lösen. Ein Vertreter dieses Gedankens führt einen Stollenzug von der Untach bis zum Rhein bei Bellingen. Im Gegensatz zu dieser Lösungsform lehnt ein anderer Teil der Entwurfsverfasser grundsätzlich die Ableitung von Wasser aus dem einen Flußgebiet in ein anderes ab und sucht daher der Aufgabe durch Ausbau der Wasserkraft in jedem einzelnen Flußlauf gerecht zu werden. Ein großer Teil der Entwürfe bewegt sich zwischen diesen beiden extremen Richtungen. Nach einer dritten grundsätzlichen Lösungsart werden die vom Hauptniederflugsgebiet ausgehenden Flüsse im Oberlauf durch einen Querschnitt zusammengefaßt zur Speisung eines möglichst kurzen Stollenzuges mit den Kraftwerken zwischen Schluchsee und Rhein. Bei diesen Entwürfen ist die Zusammenfassung der Flußläufe möglichst hoch gelegt, weil die Aufspeicherung des nicht verbrauchten Kraftwassers im Schluchsee und in dem mit diesem in Zusammenhang gebrachten Speichern nur durch künstliche Hebung in Pumpwerken geschehen kann. Eine weitere Unterscheidung der dritten Lösungsform besteht darin, daß einige Entwürfe den Stollenzug mit den Kraftwerken zwischen Schluchsee und Rhein im Altal führen, andere im Schwarztal. Wie aus den preisgekrönten Entwürfen hervorgeht, entschieden sich die Preisrichter eindeutig für den Bau der Kraftstationen im Schwarztal, da hier neben anderen Vorzügen in nur drei Kraftwerken das über 600 Meter betragende Gefälle zwischen dem gestauten Schluchsee und dem Rhein bei Waldshut ausgenutzt werden kann. Das Preisgericht empfiehlt dem Badenwerk den Bauentwurf des Biniengus des mit dem ersten Preis bedachten Entwurfes „Kettenwerke“ anzupassen und darnach das oberste Kraftwerk im Schwarztal unterhalb Häufers, das zweite Kraftwerk bei der Wihner Mühle, das dritte Kraftwerk am Fuße des Gopfel bei Waldshut anzuordnen. Der Schluchsee soll durch Aufstauung um 30 Meter zu einem Speicherbecken von rund 100 Millionen Kubikmeter Inhalt ausgebaut werden, um mit diesem Wasserwerk bei Rückgang der Leistung der übrigen badischen Wasserkraft, insbesondere in trockenen Jahren, Ergänzungskraft erzeugen zu können.

Unabhängig von dem wechselnden Wasserzustuf in den verschiedenen Jahren, können in den so beschriebenen Schluchsee-Werk bis zu 500 Millionen Kilowattstunden im Jahr an das Landesleistungszentrum abgegeben werden.

Nach Mitteilung des Badenwerkes soll mit den Arbeiten des ersten Ausbaues des Schluchsee-Kraftwerkes noch in diesem Jahre begonnen werden.

## Das Ende der „Bad. Landeszeitung“.

Die „Badische Presse“ teilt mit: Der Verlag der „Badischen Presse“ hat Verlagsrecht und Titel der bisher im Verlage der Badischen Druck- und Ver-

lagsgesellschaft erscheinenden „Badischen Landeszeitung“ erworben.

Das Erscheinen der „Badischen Landeszeitung“ wird vom 31. Mai ab eingestellt.

Der bisherige Hauptschriftleiter der „Badischen Landeszeitung“, Dr. Heinrich Drose, tritt in den Redaktionsverband der „Badischen Presse“ ein und übernimmt die Leitung des Handelsteils „Süddeutsche Industrie- und Wirtschaftszeitung.“

## Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. Mannheim, 28. April. Heute wurde hier in den Rosengartenfeldern die zweite deutsche Erfindungs- und Neuheitenmesse eröffnet. Der feierliche Eröffnungsakt wurde durch eine Ansprache des Vorsitzenden des Reichsverbandes für das Erfindungswesen und der Kesselkommission, Architekt Weiser, eingeleitet, der in eindrucksvollen Worten die hohe Bedeutung der Messe schilderte. Hierauf nahm Oberbürgermeister Dr. Reger das Wort. Er wünschte dem Unternehmen einen guten Erfolg und zahlreichen Besuch. Handelskammerpräsident Knebel brachte ebenfalls den Veranstaltern herzliche Glückwünsche dar. Hieran schloß sich ein Rundgang durch die Ausstellung, die eine Menge sehr interessanter Erfindungen und Neuheiten auf fast allen Gebieten des gewerblichen Lebens zeigt.

DZ. Emmendingen, 28. April. Entsprechend dem Bauprogramm für 1922 sollen hier 18 Wohnungen hergerichtet werden. Für 16 Wohnungen hatte der Bürgerausschuß die Zustimmung bereits erteilt. Infolge des hohen Kostenaufwandes hielt es der Gemeinderat jedoch für geboten, nochmals die Genehmigung des Bürgerausschusses einzuholen mit der Erweiterung des Antrages dahin, daß statt 16 Wohnungen gleich 20 Wohnungen gebaut werden. Die Kosten für diese 20 Wohnungen werden ohne Abzug der üblichen Zuschüsse auf 5 bis 6 Millionen Mark berechnet. Der Bürgerausschuß hat sich mit dem Projekt einverstanden erklärt.

DZ. Etschell (A. Schopfheim), 28. April. Erzbischof Dr. Karl Fritsch hat seiner Seimatpfarzgemeinde Etschell den Betrag von 5000 M. zur Anschaffung von Glocken überwiesen.

DZ. Waldshut, 28. April. Wie die „Neue Waldshut-St. Blasier Zeitung“ hört, hat der im Waldshuter Amtsgefängnis in Untersuchungshaft befindliche 18 Jahre alte Johann Leber von Oberwangen eingestanden, daß sein Vater, Wilhelm Leber, am 7. Juli 1919 bei Weisweil den Grenzaufseher Kläde um 8 Leben gebracht hat, während er selbst nur als Zuschauer dabei gewesen sein will. Wilhelm Leber, welcher Vater von 10 Kindern ist, dürfte damit wohl als Täter überführt sein.

## Aus der Landeshauptstadt.

Der Bürgerausschuß erlebte gestern den Reiz der Tagesordnung vom Dienstag. Für die Neuanschaffung eines Hochleistungsfessels zum Ausbau des Elektrizitätswerkes wurden 75 Millionen aus Anlehensmitteln bewilligt. Ferner genehmigte der Bürgerausschuß die Aufnahme eines Darlehens von 60 Millionen Mark zur Deckung der schon früher vom Bürgerausschuß bewilligten Ausgaben, sowie die Vorlage betreffend die Durchführung des Fortbildungsgesetzes.

Baden auf der Deutschen Gewerbebau München. In Anwesenheit der Vertrauensmänner und Sachberater fand gestern die Vorchau der beim Bad. Landesgewerbeamt für die Deutsche Gewerbebau München 1922 eingegangenen Ausstellungsgegenstände statt. Die zur Ausstellung ausgewählten und angenommenen sowie alle übrigen Stücke werden am Sonntag von 11-1 Uhr und Montag von 10-12 und 2-4 Uhr in der Landesgewerbehalle der allgemeinen Besichtigung freigegeben.

Karlsruhe als Kunststadt. Wie uns der Verkehrsverein mitteilt, werden am 1. und 2. Mai d. J. etwa 50 Studierende der staatlichen Akademie der bildenden Künste in Kassel auf einer Studienreise durch Süddeutschland auch in unserer Stadt weilen, um sich die hiesigen Kunstinstitute anzusehen und der Landesmusikschule einen Besuch abzustatten. Der Verkehrsverein hat das Unternehmen weitgehend begünstigt. Es ist dieser Besuch ein erfreuliches Zeichen dafür, welches Interesse Karlsruhe als Kunststadt weiterhin genießt.

Direktor B. Gehler f. In der vorvergangenen Nacht starb in Karlsruhe der Direktor bei der früheren Ersten Kammer der Badischen Landstände, Herr Bernhard Gehler. Nahezu 40 Jahre diente er dem Staate. Geboren am 9. April 1850 in Eisdach, trat er im Jahre 1879 als Kameral-Assistent in den badischen Staatsdienst, wurde 1897 Oberbuchhalter bei der kombinierten Verrechnung Bretten und im folgenden Jahre bei der Oberverrechnung Schwetzingen. 1879 erfolgte dann seine landesherrliche Anstellung. 1898 wurde er zum Generalstaatskassier berufen und 1902 zum Rechnungsrat ernannt. Im Jahre 1906 wurde er Archivar bei der Ersten Kammer, 1910 Oberrechnungsrat und 1914 Direktor. Fünf Jahre später, nach der Revolution, wurde er in den Ruhestand versetzt.

Landestheater. Am Freitag, den 5. Mai gelangt Verdis „Rigoletto“ mit Kammerfänger Jan van Gorkom in der Titelrolle in der bekannten Fassung zur Wiederholung. Für Sonntag, 7. Mai ist eine Aufführung von Wagners „Meistersinger“ angesetzt, in welchem Werke Else Jülich de Rogt vom Opernhaus in Frankfurt a. M. als Etschen und Albert Peters vom Deutschen Theater in Brunn als David auf Anstellung gastieren werden. In Vorbereitung befinden sich die Operette „Die schöne Helena“ von Offenbach, Wagners „Ring des Nibelungen“ und Glöck Oper „Orpheus und Eurydike“.

## Asthma sofort gelindert!

Dies wird ein Arzt von Asthma-Lidenden in Karlsruhe beweisen.

Die Erklärung einer ärztlichen Autorität wie Dr. R. Schiffmann, wonach ein in vielen Fällen schnell wirkendes Linderungsmittel gefunden wurde, wird für Asthmaleidende von großem Interesse sein. Nach zahlreichen Experimenten gelangten viele Asthmatiker zu dem Schluß, daß die von ihnen angewendeten Methoden wenig oder gar keine Erleichterung gebracht haben. Dr. Schiffmann, der viele Jahre seines Lebens dem Studium des Asthma und ähnlicher Krankheiten gewidmet hat, stellte ein Mittel her, das gewöhnlich sofortige Linderung auch in den schlimmsten Fällen von Asthma gewährt. Um das volle Vertrauen, das Dr. Schiffmann in die Wirksamkeit seines Mittels setzt, zu beweisen, bittet er diese Zeitung, anzuzeigen, daß er ohne irgend ein Entgelt ein reichliches Muster seines Mittels „Asthmador“ allen denjenigen zugehen läßt, welche ihm einfach auf einer Postkarte ihren Namen und die lesbare Adresse schriftlich einschicken (nichts anderes). Dr. Schiffmann nimmt an, daß eine positive Probe, die er anbietet, das überzeugendste und einzige Mittel ist, das natürliche Mißtrauen vieler Asthmatiker zu überwinden. Wer einen Versuch mit diesem Arzneimittel machen will, schreibe daher umgehend, da nur innerhalb der nächsten vier Tage unentgeltliche Proben versendet werden können. Bestandteile: 34,90 Prozent Kaliumnitrat, 51,10 Prozent Fol. Datura Arborea, 14 Prozent Symplocarpus Foetidus. Man schreibe nur den Namen und die Wohnung auf eine Postkarte, weiter nichts an Dr. R. Schiffmann's Niederlage, Postfach S., Berlin SW 48

Einem werten Publikum, Freunden und Bekannten zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich den

# Friedrichshof

übernommen habe und

**heute mittag 4 Uhr eröffne.**

Nach vollständiger Renovierung, innen und außen, habe ich ein

## Modernes großstädtisches Café

mit eigener Konditorei eingerichtet. Separates Damenzimmer. Erstklassige Künstlerkapelle Willi Bahl. Weinzimmer. Restaurationsräume im Gartensaal. Erstklassige Küche. Zum Ausschank gelangen Sinners hell und dunkel Tafelbiere, sowie Münchner Kochelbräu. Prima reine offene und Flaschenweine mit Kreszenzangabe. Großer Festsaal für Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten. Großer schattiger Garten. Gut eingerichtete Fremdenzimmer.

Inhaber A. Albert.

Das **Privat-Pädagogium Karlsru.** Bism.-Str. 69 fährt von Sexta bis Abitur jeder Schule, auch Mädchen. — Unterricht individuell. Beginn am 25. dieses Monats — Wochl. Bes. —

### Arterien-Verkalkung



Gicht/Gelenkrheumatismus/Steinleiden ist heilbar. 19 Prospekte gratis. Bio-Chemie-Compagnie, Essen.

#### Den 1. Mai betr.

Viele Anfragen veranlassen uns, darauf hinzuweisen, daß gemäß § 1 Abs. 3 der Bad. Landesherlichen Verordnung vom 18. April 1922, die weltliche Feier der Sonn- und Festtage betr., in Verbindung mit § 1 der V.-O. des Bad. Staatsministeriums vom 7. April 1919, die Bestimmung des 1. Mai als gebotener Feiertag betr., der 1. Mai als Feiertag im Sinne der Gewerbeordnung anzusehen ist. Es gelten daher für den 1. Mai bezüglich des Geschäftsbetriebs der offenen Verkaufsstellen und der Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe und in der Industrie die gleichen Bestimmungen, wie für die Sonntage.

Wegen Reinigung der Diensträume bleiben das Bahnbüro und die polizeiliche Meldestelle am Dienstag, den 2. Mai d. J. geschlossen.

Polizeidirektion  
Karlsruhe, den 27. April 1922. D. 3. 55  
Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion

Die polizeiliche Meldestelle betr.  
Wegen Reinigung der Diensträume bleiben das Bahnbüro und die polizeiliche Meldestelle am Dienstag, den 2. Mai d. J. geschlossen.

Polizeidirektion  
Karlsruhe, den 27. April 1922. D. 3. 55  
Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion

Sonntag, den 30. April.  
**Landestheater.**  
6—n. 7/10 Uhr 56 Mk.  
Tannhäuser und der Sängerkrieg in Wartburg  
Konzerthaus.  
7—7/10 Uhr 21 Mk.  
Liselott von der Pfalz

Montag, den 1. Mai  
7—9/10 Uhr 30 Mk. Th.  
Gem. B.V.B. Nr. 601—800  
Im weißen Rössl.

Wichtig ist die Bohnermasse Geruchl., sparsam, erst. Klasse. Sehr leicht gibt damit jeder Linoleum und Leder, Parkett und Möbel Eleganz und lang anhaltend hoh. Glanz. Wer nun meint geschetzt zu sein, kauft **Wachs** nur ein!



### Bohnerwachs.

Erhältlich in allen Drogerien.

### Engl. Sprachunterricht

durch Engländer geführt. Offerten an die Exped. der Karlsru. Ztg. (A. 226)

### Metallbetten

Stahlnatr., Amberbett, direkt an Private, Katalog 78 R. frei. Eisenmöbelfabrik Süßl (Zür.)

### Charakter-

deutung (20 Beilen in Linte gefacht.) Kart 6.60 s. 686b

### Grapholog. Institut

R. S. Ritter  
Karlsruhe, Körnerstraße 30

### Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitliche Gerichtsbarkeit.

§ 83. 2.1. Büligen.

Landwirt Josef Senn (Krausmann in Kirchdorf hat beantragt, ihren verfallenen am 1. Oktober 1853 zu Klengen als Sohn des Ludwig Senn und der Ursula geb. Schönborn geborenen, zuletzt in Kirchdorf wohnhaften Josefmann Landwirt Josef Senn für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verfallene wird aufgefunden, sich spätestens in dem auf Samstag, den 23. Degr. 1922, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht hier anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. An alle, welche über Leben oder Tod des Verfallenen Auskunft erteilen können, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen.

Büligen, 18. April 1922.  
Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

### Verf. Bekanntmachungen

Güterverkehr bad.-schweiz. Übergänge mit der Schweiz.

Mit Gültigkeit vom 12. April 1922 werden für die Ausführung von Wapen bei Frachtabgabe für mindestens 10 000 Kg. ab verschiedenen schweiz. Stationen Ausnahmestrichen nach Basel Ead. Wf. eingeführt. Näheres in unserem Tarifanzeiger. Zum Ausnahmestrich Nr. 1 (Bier in Juffern) erhebt auf 1. Mai 1922 der II. Nachtrag. Verkaufspreis 60 Pfennig.

Karlsruhe, 27. April 1922.  
Eisenbahngeneraldirektion.

### Güterverkehr

Seringen Bad. St. Henhausen Bad. St. nsw. mit der Schweiz.

Mit Gültigkeit vom 19. April 1922 werden die Tarifbestimmungen Nr. 3, 14 und 19 ergänzt und einige Änderungen durchgeführt. Näheres in unserem Tarifanzeiger.

Karlsruhe, 27. April 1922.  
Eisenbahngeneraldirektion.

### Landeshauptstadt Karlsruhe. Heimzahlung städt. Schulverschreibungen.

Bei der heute vorgenommenen Verlosung wurden nach notarieller Beurkundung folgende Schulverschreibungen der Stadt Karlsruhe zur Heimzahlung bestimmt:

#### 1. Vom 3%, Anleihen von 1886, heimzahlbar auf 1. November 1922:

##### Sit. A zu 2000 Mfr.

13, 45, 50, 60, 106, 110, 133, 230, 233, 250, 262, 267, 281, 310, 323, 328, 343, 350, 392, 400, 403, 469, 470, 488, 492, 498, 504, 539, 563, 624, 744, 748, 769, 791, 832, 848, 851, 953, 956, 1015, 1047, 1176, 1188, 1198, 1223, 1298, 1305, 1326, 1348, 1363, 1368, 1371, 1376, 1378, 1426, 1457, 1486, 1492, 1506, 1613, 1650, 1679, 1700, 1709, 1717, 1824, 1843, 1847, 1856, 1886, 1941, 1965, 1978.

##### Sit. B zu 1000 Mfr.

44, 59, 73, 94, 140, 212, 217, 241, 335, 422, 453, 474, 519, 554, 567, 592, 641, 666, 704, 743, 754, 764, 793, 798, 801, 859, 862, 881, 930, 932, 948, 966, 968, 974, 975, 1010, 1059, 1072, 1093, 1102, 1122, 1200, 1243, 1258, 1274, 1299, 1318, 1352, 1356, 1374, 1428, 1439, 1454, 1457, 1554, 1555, 1590, 1600, 1613, 1628, 1674, 1743, 1754, 1773, 1786, 1803, 1809, 1810, 1819, 1841, 1845, 1865, 1883, 1904, 1929, 1951, 1994, 2070, 2150, 2216, 2255, 2324, 2345, 2380, 2399, 2442, 2449, 2462, 2495, 2558, 2560, 2597, 2626, 2646, 2680, 2684, 2704, 2708, 2713, 2743, 2784, 2807, 2853, 2858, 2890, 2906, 2962, 3004, 3006, 3020, 3044, 3047, 3048, 3134, 3139, 3154, 3160, 3209, 3228, 3251, 3308, 3321, 3354, 3413, 3456, 3485, 3479, 3490, 3491, 3555, 3561, 3568, 3615, 3624, 3647, 3714, 3746, 3760, 3787, 3801, 3840, 3855, 3891, 3898, 3899, 3936, 3937, 3953, 3968, 3972, 3977, 3988, 4077, 4084, 4092, 4095, 4105, 4110, 4126, 4207, 4210, 4247, 4269, 4274, 4334, 4343, 4358, 4365, 4396, 4410, 4427, 4468, 4512, 4580, 4621, 4635, 4654, 4693, 4698, 4703, 4733, 4738, 4750, 4752, 4791, 4867, 4911, 4938, 4966, 4980.

##### Sit. C zu 500 Mfr.

17, 19, 34, 74, 106, 131, 157, 163, 201, 217, 338, 362, 393, 463, 582, 611, 627, 671, 692, 706, 707, 909, 919, 936, 951, 956, 1069, 1095, 1110, 1115, 1134, 1139, 1152, 1163, 1188, 1214, 1219, 1277, 1295, 1356, 1382, 1388, 1394, 1433, 1440, 1548, 1572, 1579, 1585, 1587, 1616, 1674, 1687, 1718, 1731, 1745, 1796, 1802, 1834, 1851, 1863, 1864, 1896, 1898, 1901, 1976, 1981, 1987, 2030, 2114, 2170, 2185, 2192, 2196, 2215, 2252, 2299, 2339, 2343, 2351, 2370, 2378, 2414, 2457, 2463, 2494, 2504, 2608, 2627, 2641, 2662, 2663, 2669, 2690, 2730, 2734, 2750, 2765, 2772, 2789, 2823, 2871, 2889, 2890, 2893, 2904, 2928, 2935, 2958, 2960, 2968, 3000.

##### Sit. D zu 200 Mfr.

103, 205, 298, 315, 332, 378, 393, 414, 431, 452, 463, 535, 570, 577, 607, 616, 668, 714, 745, 780, 781, 805, 806, 816, 876, 879, 951, 995, 1001, 1045, 1080, 1121, 1130, 1173, 1185, 1211, 1218, 1220, 1234, 1245, 1267, 1289, 1301, 1345, 1357, 1366, 1426, 1428, 1566, 1570, 1594, 1607, 1617, 1626, 1643, 1688, 1753, 1779, 1785, 1805, 1812, 1832, 1833, 1840, 1868, 1871, 1921, 1976, 1993, 2019, 2029, 2034, 2093, 2110, 2142, 2152, 2156, 2186, 2189, 2192, 2225, 2245, 2269, 2276, 2279, 2297, 2308, 2311, 2348, 2357, 2376, 2384, 2446, 2450.

#### 2. Vom 3%, Anleihen von 1889, heimzahlbar auf 1. November 1922:

##### Sit. A zu 2000 Mfr.

13, 42, 48, 83, 92, 98, 182, 225, 260, 290, 297, 300, 338, 339, 352, 417, 430, 431, 446, 506, 536, 569, 572, 580, 599, 612, 681, 696, 790, 854, 876.

##### Sit. B zu 1000 Mfr.

6, 14, 26, 72, 86, 105, 120, 164, 177, 213, 235, 254, 318, 347, 361, 375, 400, 440, 480, 515, 534, 538, 593, 646, 778, 807, 825, 852, 853, 859, 864, 899, 906, 953, 981, 1037, 1042, 1044, 1096, 1115, 1140, 1209, 1224, 1240, 1294, 1335, 1371, 1381, 1394, 1403, 1423, 1435, 1469, 1476, 1491.

##### Sit. C zu 500 Mfr.

43, 58, 70, 90, 181, 221, 253, 276, 304, 320, 321, 393, 402, 439, 469, 515, 547, 616, 631, 645, 727, 730, 741, 764, 794, 802, 804, 812, 823, 876.

##### Sit. D zu 200 Mfr.

48, 76, 82, 83, 126, 143, 148, 203, 223, 235, 257, 261, 272, 298, 320, 334, 468, 478, 519, 531, 559, 575, 591, 638, 690.

#### 3. Vom 3%, Anleihen von 1896, heimzahlbar auf 1. Dezember 1922:

##### Sit. A zu 2000 Mfr.

9, 17, 25, 202, 253, 362, 379, 386, 424, 428, 430, 445, 452, 494, 503, 513, 558.

##### Sit. B zu 1000 Mfr.

36, 59, 118, 139, 174, 226, 252, 260, 291, 323, 342, 354, 425, 442.

##### Sit. C zu 500 Mfr.

4, 21, 53, 118, 166, 249, 251, 341, 353, 357.

##### Sit. D zu 200 Mfr.

21, 47, 61, 65, 95, 132, 198, 221, 276, 302, 338, 379, 432, 488, 491.

#### 4. Vom 3%, Anleihen von 1897, heimzahlbar auf 1. September 1922:

##### Sit. A zu 2000 Mfr.

9, 15, 26, 63, 68, 97, 287, 311, 387, 398, 496, 499, 505, 543, 616, 651, 704, 760, 821, 842, 851, 896, 933, 939, 1001, 1003, 1030, 1098, 1122, 1132, 1159, 1204, 1286, 1335, 1338, 1345.

##### Sit. B zu 1000 Mfr.

64, 107, 200, 222, 280, 307, 366, 394, 400, 423, 460, 484, 546, 547, 564, 590, 630, 675, 683, 695, 698, 721, 855, 871.

##### Sit. C zu 500 Mfr.

6, 23, 49, 66, 103, 104, 148, 162, 320, 415, 546, 582.

##### Sit. D zu 200 Mfr.

25, 58, 81, 82, 83, 84, 88, 102, 104, 162, 186, 249, 335, 423, 448.

#### 5. Vom 3 1/2%, Anleihen von 1900, heimzahlbar auf 1. Oktober 1922:

##### Sit. A zu 2000 Mfr.

16, 69, 166, 170, 184, 309, 352, 375, 479, 626, 697, 711, 723, 741, 743, 754, 884, 892, 950, 1020, 1100, 1165, 1178, 1225, 1231, 1236, 1447, 1499, 1520, 1608, 1609, 1662, 1711, 1719, 1773, 1817, 1839, 1863, 1911, 1945, 1994.

##### Sit. B zu 1000 Mfr.

114, 151, 155, 294, 303, 410, 460, 475, 476, 574, 600, 700, 701, 770, 866, 964, 969, 1018, 1037, 1057, 1105, 1150, 1173, 1222, 1240, 1254, 1311, 1350.

##### Sit. C zu 500 Mfr.

85, 98, 121, 161, 219, 224, 349, 374, 404, 414, 472, 506, 507, 602, 625, 648, 869, 894, 911, 927.

##### Sit. D zu 200 Mfr.

58, 82, 127, 247, 305, 318, 481, 565, 697, 748, 763, 770, 777, 787, 799.

#### 6. Vom 3 1/2%, Anleihen von 1902, heimzahlbar auf 1. September 1922:

##### Sit. A zu 2000 Mfr.

5, 143, 231, 278, 335, 385, 511, 540, 542, 593, 594, 613, 635, 713, 732, 733, 898, 938, 944, 1008, 1033, 1074, 1269, 1297, 1360, 1395, 1419, 1452, 1458.

##### Sit. B zu 1000 Mfr.

5, 32, 53, 94, 104, 189, 224, 303, 317, 454, 468, 486, 514, 556, 588, 615, 640, 913, 933, 944.

##### Sit. C zu 500 Mfr.

11, 19, 35, 109, 187, 251, 276, 308, 318, 327, 330, 395, 402, 501, 582, 749.

##### Sit. D zu 200 Mfr.

56, 97, 136, 226, 279, 299, 376, 392, 406, 486, 544, 578, 581, 583, 593, 613.

#### 7. Vom 3 1/2%, Anleihen von 1903, heimzahlbar auf 1. Oktober 1922:

##### Sit. A zu 2000 Mfr.

7, 266, 402, 564, 683, 697, 753, 795, 821, 824, 980, 1173, 1207, 1256, 1271, 1303, 1315, 1318, 1465, 1472, 1720, 1770, 1812, 1835, 1836, 1838, 1865, 1897, 1948, 2013, 2035, 2051, 2060, 2089, 2111, 2136, 2197, 2216, 2219, 2221, 2303, 2358, 2361, 2405, 2468, 2477, 2486, 2518, 2530, 2599, 2602, 2675, 2717, 2895, 2954, 2973, 2986, 3016, 3040, 3089, 3104, 3113, 3124.

##### Sit. B zu 1000 Mfr.

19, 130, 144, 311, 323, 354, 504, 590, 599, 628, 639, 670, 897, 1056, 1135, 1154, 1169, 1172, 1204, 1229, 1237, 1246, 1261, 1263, 1304, 1314, 1315, 1325, 1358, 1421, 1474, 1501, 1608, 1780, 1851, 1860, 1887, 2040, 2108, 2111, 2165, 2208, 2218.

##### Sit. C zu 500 Mfr.

12, 141, 273, 350, 404, 447, 449, 495, 567, 591, 626, 646, 672, 673, 719, 750, 819, 837, 845, 893, 1002, 1005,

#### 8. Vom 4%, Anleihen von 1907, heimzahlbar auf 1. August 1922:

##### Sit. A zu 2000 Mfr.

329, 381, 520, 527, 537, 549, 572, 589, 611, 872, 922, 943, 944, 945, 975, 1049, 1303, 1394, 1409, 1484, 1511, 1575, 1619, 1632.

##### Sit. B zu 1000 Mfr.

19, 59, 90, 93, 233, 242, 247, 377, 461, 465, 470, 587, 797, 830, 892, 897, 1005.

##### Sit. C zu 500 Mfr.

106, 124, 266, 317, 352, 403, 418, 421, 456, 602, 721, 745, 811, 829, 844.

##### Sit. D zu 200 Mfr.

83, 99, 107, 128, 138, 185, 211, 263, 491, 514, 635, 706.

Die Tilgung des 4% Anlehens von 1913 ist durch Rückauf bedingt.

Die genannten Schulverschreibungen treten von den